

Förderung der Weiterbildung – nach wie vor äußerst gering

// Trotz etlicher Programme, die Bund und Länder in den vergangenen Jahren zur Förderung der Weiterbildung aufgelegt haben, ist die Zahl der Geförderten äußerst gering geblieben: Folgt man den Befunden einer jüngeren [Untersuchung des Bildungsforschers Dr. Dieter Dohmen](#), so beträgt beispielsweise für das Jahr 2015 die Anzahl der durch die Programme des Bundes und der Länder Geförderten bis zu 150.000 Personen, die Zahl der durch Steuerbegünstigung oder Meister-BAföG geförderten Personen gut 170.000 Personen und die Anzahl der über die Bundesagentur für Arbeit geförderten Personen rund 230.000. Setzt man die Summe aller geförderten Personen ins Verhältnis zur Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, so ergibt sich ein Anteil von weniger als drei Prozent! Dies widerspricht aller Rhetorik der Bedeutung der Weiterbildung u.a. im Zusammenhang mit der Deckung des von der Arbeitgeberseite oftmals beklagten Fachkräftemangels. //

Für die Bundesfachgruppe Erwachsenenbildung ist dies ein deutlicher Beleg der langjährigen Forderung der GEW nach einem Bundesweiterbildungsgesetz, das transparente Regelungen zu Information und Beratung, Lernzeiten und der Finanzierung der Weiterbildung verankert. Auch vor dem Hintergrund der Digitalisierung müssen eine flächendeckende Beratung aufgebaut, die Grundbildung gefördert sowie geringqualifizierte und bildungsferne Menschen gestärkt und ermutigt werden, Weiterbildungsangebote zu nutzen.

Integrationskurse – Orientierungskurs, Bezahlung der Lehrkräfte und Übergang in Ausbildung für Geflüchtete

Aus den Antworten der Bundesregierung auf Anfragen von Fraktionen des Bundestages „Das vorläufige Curriculum für einen bundesweiten Orientierungskurs im Rahmen der Integrationskurse“ ([Drucksache 18/10439](#)), „Durchführung, Kontrolle und tatsächliche Kosten der in den Jahren 2015 und 2016 von der Bundesagentur für Arbeit finanzierten Deutschkurse für Flüchtlinge“ ([Drucksache 18/10315](#)) sowie „Integration durch Bildung – Stand: Herbst 2016“

([Drucksache 18/10431](#)) lässt sich u.a. entnehmen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit einem vorläufigen Curriculum im Herbst 2016 die Anzahl der Stunden des Orientierungskurses von 60 auf 100 Unterrichtseinheiten (UE) erhöht und damit die Module „Politik in der Demokratie“, „Mensch und Gesellschaft“ sowie „Geschichte und Verantwortung“ erweitert hat. Die Bundesregierung teilt mit, dass das Angebot an Integrationskursplätzen „bundesweit betrachtet dem aktuellen Bedarf“ entspreche und dass die gegenwärtige Trägerpauschale ausreiche, um ein Mindesthonorar von 35 Euro zahlen zu können. Knapp 6 % der zugelassenen Träger zahlten ein Lehrkräftehonorar von unter 35 Euro; insgesamt seien knapp 2500 neue Lehrkräfte seit der Erhöhung des Mindesthonorars „aktiviert“ worden.

Die folgende Tabelle gibt Auskunft über die Teilnahme Geflüchteter an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der BA zur Ausbildungsförderung.

Die Bundesfachgruppe Erwachsenenbildung befürwortet die Ausweitung der Zahl der Unterrichtseinheiten der Orientierungskurse. Für die Integrationskurslehrkräfte fordert die GEW



GEW Hauptvorstand

GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Fax:
069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: [facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft](https://www.facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft)
Twitter:
twitter.com/gew_bund

Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Erwachsenenbildung

Wilfried Rehfeld
02571/2587
dialog@muenster.net

Ursula Martens-Berkenbrink
0531/ 893957
martens-b@t-online.de



GEW Hauptvorstand

eine Festanstellung mit Orientierung an dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst, Entgeltgruppe 11; hierfür ist eine Anhebung der Trägerpauschale notwendig. Gemessen an den Erwartungen, die die Arbeitgeberverbände an der Teilhabe Geflüchteter in der Ausbildung geweckt haben, erweist sich die tatsächliche Inanspruchnahme als mehr als ernüchternd.

| Bestand an Teilnehmenden in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, Juli 2016 | insgesamt | Personen im Kontext von Fluchtmigration | |
|--|-----------|---|------|
| | | absolut | in % |
| Außerbetriebliche Berufsausbildung | 21.731 | 173 | 0,80 |
| Berufseinstiegsbegleitung | 59.597 | 1.284 | 2,15 |
| Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen | 27.890 | 287 | 1,03 |
| Einstiegsqualifikation | 11.106 | 1.034 | 9,31 |

Quelle: Drucksache 18/10431, S.8f.

Goethe-Institut: Prüfung der Rentenversicherung

Dass die Beschäftigung der Lehrkräfte dringend den Honorarstatus überwinden muss, zeigen die jüngsten Vorgänge an den inländischen Goethe-Instituten. Die Deutsche Rentenversicherung ist in einem laufenden Verfahren zu der Auffassung gekommen, dass die [dort beschäftigten Honorarlehrkräfte überwiegend scheinselfständig seien](#). Das hat dort zu erheblichen Turbulenzen und Problemen sowohl bei den betroffenen Kollegen als auch beim Institut geführt. Diese Problematik betrifft in ganz ähnlicher Weise die Volkshochschulen und andere Bildungsträger.

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen – Nachholbedarf erkennbar

Die Vereinten Nationen (VN) haben im

Jahr 2015 die [Sustainable Development Goals](#) (SDGs) beschlossen – politische Zielsetzungen der VN, die der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, ökologischer und sozialer Ebene dienen sollen. Zur Konkretisierung werden die Zukunftsfähigkeitsziele auf 17 gesellschaftliche Bereiche bezogen. Für die Bildungsinternationale ist besonders bedeutsam, dass mit dem Ziel Nr. 4 „Inklusive, gerechte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern“ der zentrale Stellenwert einer guten Bildung für Alle deutlich wird. Das Bundeskabinett hat Mitte Januar die [deutsche Nachhaltigkeitsstrategie](#) beschlossen, mit der aufgezeigt wird, wie Deutschland die SDGs umsetzt. Im Bildungsteil werden vor allem die Ansätze „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und Programme der Bundesregierung in der beruflichen und allgemeinen Bildung beschrieben. Nach Einschätzung der Bundesfachgruppe Erwachsenenbildung bleibt die Bundesrepublik damit hinter dem zurück, was zur Zielerreichung notwendig ist. Hier ist vor allem die Beteiligung der für Bildung zuständigen Länder, aber auch die der Sozialpartner zu erwähnen, ohne die eine nachhaltige Entwicklung auch im Bildungswesen nicht möglich ist. Unterdessen hat das Statistische Bundesamt die [„Indikatoren der UN-Nachhaltigkeitsziele“](#) veröffentlicht, das die für Deutschland verfügbaren Indikatoren der globalen UN-Agenda 2030 aufzeigt. Im Bildungsteil sind bereits nähere Indikatorenansätze erkennbar, die Bundesfachgruppe, die die „Indikatorisierung“ und Zielannäherung insbesondere des SDG 4 kritisch verfolgt, vermisst hier jedoch ein „Herunterbrechen“ auf die im deutschen Bildungsföderalismus verantwortlichen Körperschaften.

**GEW Hauptvorstand
Organisationsbereich
Berufliche Bildung
und Weiterbildung**

Reifenberger Str. 21
60489 Frankfurt a. M.

Verantwortlich:

Leiter
Ansgar Klinger
069/78973-325
ansgar.klinger@gew.de

Referent
Arnfried Gläser
069/78973-319
arnfried.glaeser@gew.de

Fax: 069/78973-103
Internet: www.gew.de
Facebook: facebook.com/
GEW.DieBildungsgewerkschaft
Twitter: twitter.com/gew_bund

**Vorstandsteam
Bundesfachgruppenausschuss
Erwachsenenbildung**

Wilfried Rehfeld
02571/2587
dialog@muenster.net

Ursula Martens-Berkenbrink
0531/ 893957
martens-b@t-online.de